

Wer ist Österreicher und wer darf es werden? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Migrationsforscherin Judith Kohlenberger. Sie sagt, das österreichische Staatsbürgerschaftsrecht bilde die Realität nicht mehr ab. Inzwischen wird die demografische Lücke im Land immer größer.

„Wählen muss man trainieren“

Das Gespräch führte Stefan Schocher

Judith Kohlenberger ist Migrationsforscherin an der Wirtschaftsuniversität Wien. Sie ist zudem Autorin zahlreicher wissenschaftlicher Bücher und Beiträge zum Thema. Ihr Buch „Das Fluchtparadox“ (Kremayr & Scheriau) war das „Wissensbuch des Jahres“, wurde für den Deutschen Sachbuchpreis nominiert und mit dem Bruno-Kreisky-Anerkennungspreis ausgezeichnet. Zusammen mit dem auf EU-Ebene hoch angesehenen ehemaligen ersten Vizepräsidenten des EU-Parlaments, Othmar Karas (siehe S. 6), hat sie zudem das Buch „So schaffen wir das“ verfasst. 

DIE FURCHE: Staatsbürgerschaft, Zuwanderung, Migration. Das sind ja an sich sehr bürokratische Themen. Wieso sind die politisch so dermaßen aufgeladen?

Judith Kohlenberger: Weil es um die Frage geht: Wer ist Österreicher und wer darf es werden? Es ist menschlich und vollkommen nachvollziehbar, dass diese Frage mit Emotionen verbunden ist. Und es ist auch deshalb ein starkes Thema, weil Österreich erst spät zu der Einsicht gelangt ist, ein Einwanderungsland zu sein. Ein immer größerer Anteil der hier lebenden Menschen hat Migrationshintergrund. Österreich hat jedoch ein Staatsbürgerschaftsrecht, das immer weniger mit seiner Migrationsrealität korreliert – was eigentlich anachronistisch ist.

DIE FURCHE: Wie meinen Sie das genau?

Kohlenberger: Unser rechtliches Rahmenwerk wäre vielleicht vor einigen Jahrzehnten noch sinnvoll gewesen. Aber heute bilden unsere Einbürgerungsgesetze die Realität nicht mehr ab. Wir haben eine demografische Lücke, die jedes Jahr größer wird. Das betrifft vor allem Kinder, die hier aufwachsen, aber die Staatsbürgerschaft eines Landes besitzen, zu dem sie kaum tatsächlichen Bezug haben. Das hat Folgewirkungen.

DIE FURCHE: Welche sind das?

Kohlenberger: Studien zeigen positive Auswirkungen auf die Erwerbsituation und die soziale Inklusion, wenn die Verleihung der Staatsbürgerschaft bald nach Ankunft erfolgt. Wenn die Einbürgerung aber erst nach sechs, sieben oder gar zehn Jahren erfolgt, verpufft dieser Effekt. Das jedoch scheint von der Politik so gewünscht. Der Erwerb der Staatsbürgerschaft soll der krönende Abschluss des Integrationsprozesses sein. Dann aber nutzt man den integrativen Effekt der Einbürgerung nicht mehr. Und dann wären da noch die demokratiepolitischen Folgen. In Wien hat etwa 30 Prozent der Bevölkerung kein Wahlrecht. Damit ist nicht nur die migrantische Bevölkerung im Wahlergebnis unterrepräsentiert, sondern auch die jüngere und urbane. Ältere Wähler am Land dagegen sind überrepräsentiert und das hat Auswirkungen auf die Themensetzung der Parteien. Vom Ausgang einer Wahl betroffen sind aber alle.

DIE FURCHE: In der Debatte rund um Migration tun sich immer die politischen Ränder hervor. Wieso ist es bei dem Thema so kompliziert, pragmatische Ansätze zu finden?

Kohlenberger: Auf der einen Seite hat das wohl ganz banale Hintergründe: Wenn ich vor dem aktuellen Elektorat darum werbe, den Zugang zu erleichtern, dann lasse ich Leute darüber abstimmen, die dieses Recht ja schon haben. Ich muss also darauf setzen, dass Wähler über das eigene Interesse hinaus und aus gesell-



Foto: Valerie Maltseva

schaftspolitischen und demokratiepolitischen Gründen sagen: Das ist wichtig. Auf der anderen Seite: Migration, Anerkennung, Staatsbürgerschaft eignen sich wie kaum andere Themen zur Emotionalisierung. Da braucht man keine Lösungen, es geht eher darum, das Problem zu erhalten und zu bespielen. Politische Überspitzungen sind in diesem Themenfeld allgegenwärtig, kurzfristige Antworten ebenso. Das sieht man allein am vorherrschenden Narrativ, die Staatsbürgerschaft müsse man sich „verdienen“. Was habe denn ich als „autochthone“ Österreicherin dafür geleistet, außer hier geboren worden zu sein? Die Idee der Leistung oder der Staatsbürgerschaft als „hohes Gut“ suggeriert auch, dass „uns“ etwas weggenommen wird, wenn andere sie bekommen. Dabei ist das Gegenteil der Fall.

DIE FURCHE: Geht es da auch darum, die Komfortzone der Wählerschaft nur ja nicht anzutasten? Spielt da auch Neid eine Rolle?

Kohlenberger: All die Argumente für niederschwelligere Einbürgerung verfangen

nicht, weil es leichter ist, auf die Erzählung „wir gegen die anderen“ zu setzen. Und praktischerweise kann man „die anderen“ damit ja auch tatsächlich „anders“ – eben nicht-österreichisch – halten. Schwierige Einbürgerungsprozesse halten den Ausländeranteil hoch, und der dient wieder der Stimmungsmache. Für diesen Zweck muss man Neuankommende möglichst lange „ausländisch“ lassen.

DIE FURCHE: Zugleich braucht das Land ja Migration. Wohin führt eine solche Politik letztlich?

Kohlenberger: Die demokratiepolitische Schere zwischen Wohnbevölkerung und



Lesen Sie dazu auch „Geschichte der Flucht: Das Land und die Spinne“ von Manuela Tomic, vom 13.10.2021 auf furche.at.



„Es gibt harte Indikatoren für den Integrationserfolg: Etwa die Erwerbsquote von Migrantinnen. Umgekehrt kann man aber kaum sagen, dass ein Österreicher, der nicht arbeitet, nicht integriert ist.“

Problematisches Narrativ

„Die Idee der Leistung oder der Staatsbürgerschaft als ‚hohes Gut‘ suggeriert auch, dass ‚uns‘ etwas weggenommen wird, wenn andere sie bekommen“, sagt die Migrationsexpertin Kohlenberger.

Wahlbevölkerung geht auf. Das hat Auswirkungen auf Inhalte. Wieso soll eine politische Partei Interessen von migrantischen Menschen vertreten, wenn viele von ihnen nicht wählen dürfen? Parteien rechts der Mitte befürchten oft, dass Migranten nur links der Mitte wählen würden. Das stimmt aber nicht. Unabhängig von den Parteipräferenzen würden Migranten zu einer relevanteren Wählergruppe werden. Alle wahlwerbenden Parteien müssten sich überlegen, was sie dieser Gruppe anbieten können. Derzeit sind diese Interessen kaum abgebildet.

DIE FURCHE: Was hat das zur Folge?

Kohlenberger: Das kann desintegrativ wirken. Denn wenn man an migrantische Kinder und Jugendliche solche ambivalente Signale sendet – integriere dich und leiste, aber so richtig dazugehören wirst du nie – dann kann das dazu führen, dass sich manche von ihnen von der Mehrheitsgesellschaft abwenden. Das Gefühl der Zugehörigkeit, das gerade Heranwachsende in der Identitätsentwicklung suchen, finden sie dann mitunter bei extremistischen Kräften. Das stärkt sicher nicht den sozialen Zusammenhalt. Und aus der Forschung ist bekannt, dass Menschen, die nicht wahlberechtigt sind, sich weniger informieren und auch andere Formen der politischen Partizipation weniger nutzen. Das wiederum setzt sich fort: Wenn die Kinder dieser Menschen die Staatsbürgerschaft erhalten, sehen wir bei ihnen einen höheren Anteil an Nichtwählern. Wählen muss man wie einen Muskel trainieren und im familiären Umfeld lernen. Nichtwählen dagegen wirkt ansteckend.

DIE FURCHE: Was ist eigentlich Integration? Die autochthone Gesellschaft in Österreich ist ja auch keineswegs homogen. Kann man Integration messen?

Kohlenberger: Es gibt harte Indikatoren für den Integrationserfolg: Etwa die Erwerbsquote von Migrantinnen. Umgekehrt kann man aber wohl kaum sagen, dass ein Österreicher, der nicht arbeitet, nicht integriert ist. Bei der politischen Integration ist der harte Indikator eben die Staatsbürgerschaft.

DIE FURCHE: Orten Sie denn zumindest Ansätze einer pragmatischen Debatte?

Kohlenberger: Das sehe ich derzeit nicht. Irgendwann wird man wohl aufgrund der größer werdenden Kluft eine gesetzliche Anpassung vornehmen müssen. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund – also selbst zugewandert oder mit Eltern, die zugewandert sind – liegt in Österreich über 25 Prozent. Das ist keine Minderheit.

DIE FURCHE: Was Sie schildern, ist eine Kluft zwischen Evidenz und Realpolitik. Welche Rolle spielt denn Wissenschaftsfeindlichkeit bei diesem Thema?

Kohlenberger: Beim Thema Integration und Migration haben Empirie und wissenschaftliche Erkenntnis von jeher eine untergeordnete Rolle gespielt. Da geht und ging es mehr darum, Stimmungsmache zu betreiben.